

Pressemitteilung der Baukammer Berlin Nr. 35/04
Berlin, 09. November 2004

Ja zur Verlängerung der Französischen Straße – Nein zu Berlins Mitte als Radwanderzone

Die Baukammer Berlin begrüßt die Überlegungen der Senatsverwaltung, die Französische Straße bis zur Ebertstraße baulich zu verlängern. Diese Maßnahme ist einem fließenden Autoverkehr geschuldet und könnte die Sperrung des Brandenburger Tors für KfZ kompensieren.

Nicht in Ordnung ist, das Zentrum Berlins dauerhaft zur Fußgänger- und Radfahrerzone umzuwidmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Hauptader, wie die Wilhelmstraße für den Autoverkehr zeitlich unbegrenzt gesperrt bleiben soll. Es ist ebenso wenig vertretbar für den hauptstädtischen Verkehr einer Metropole, das Gebiet um die Mittelstraße und die US-Botschaft hermetisch abzuriegeln. Schon jetzt ist zu befürchten, dass die Behrenstraße, analog zur Wilhelmstraße – also zweier zentraler Straßen, die für die Umgehung des Autoverkehrs um das Brandenburger Tor von Ost und West von zentraler Bedeutung sind - ebenfalls dauerhaft verbarrikadiert werden wird. Die geplante US-Botschaft und das Mahnmahl dort könnten nur durch Vollsperrungen gesichert werden, heißt es aus dem Senat. Dies ist – auch angesichts des Sicherheitsbedürfnisses der Botschaften – nicht vertretbar. Berlin ist Hauptstadt und nicht Dorf. Sie muss für Autos in diesem zentralen Bereich befahrbar bleiben, um dem Verkehrsinfarkt vorzubeugen und als Hauptstadt erkennbar zu bleiben. Es kann nicht sein, dass sich Botschaften hier zum nachhaltigen Verkehrshindernis und Totengräber einer lebendigen Infrastruktur machen. Kann der Innensenator die Sicherheit nicht unauffälliger gewährleisten, muss über einen Wegzug der Botschaften in Nebenstraßen - zumindest zeitweise - dringend nachgedacht werden. Zum Wohle der Stadt.

verantwortlich:
Dr. Peter Traichel

Presseinformation